

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiskal-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haf,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Preuss. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiskal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 71.

Freitag, 25. Juni.

1875.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Quartal, und for-
dern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich
dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 1 Mark 60 Pf. (16 Gr.) pro Quartal,
54 Pf. (5 1/2 Gr.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutschen Postanstalten nehmen Abonnements entgegen.
Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband
beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender
Weise berechnet:

für Deutschland 3 Mark 50 Pf. (1 Thlr. 5 Ngr.);
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und
Italien 4 Mark (5 Frs.);
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien,
Rumänien und die Türkei 5 Mark (6 1/4 Frs.);
für Spanien und für Amerika 6 Mark.

Der Abonnements-Vortrag ist bei Bestellung einzufenden.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis
(mit Bringerlohn) auf 1 Mark 80 Pf. (18 Ngr.) pro Quartal
und 60 Pf. (6 Ngr.) pro Monat festgesetzt. Man abonniert
bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei
Colporteur Müller. Für die Umgegend von Leipzig bei den
Fiskal-Expeditionen: Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschöne-
feld, zc. zc. bei Frau Engel, Reudnitz, Feldstr. 14, Hof 1 Tr.,
für Sonnenitz zc. bei Leubert, Bornaischestr. Nr. 19, für
Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst,
für Thonberg und Neureudnitz bei Schöner, für Plagwitz
und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstraße Nr. 26,
für Gohlis zc. bei D. Penkert, Hauptstraße Nr. 19, für
Stötteritz bei Fr. Bogenitz, Hauptstraße Nr. 38.

Für Berlin wird aus dem „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf.
(7 1/2 Sgr.) frei in's Haus abonniert, bei Trautmann,
Wanteufelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstraße
Nr. 34 im Laden; J. Schmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Den „Volksstaat“-Colporteurs und Fiskal-Expeditionen
zur Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnements-
gelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, und
werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer
Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerk-
sam, das Abonnement für das dritte Quartal 1875 rechtzeitig
erneuern zu wollen.

Nur bei Erfüllung dieser Bedingungen erfolgt weitere Zu-
sendung des Blattes.

Alle Expeditionen der mit uns in Tausch stehenden Zei-
tungen zc. werden ersucht, uns durch die Post auch für das
neue Quartal ihr Blatt zukommen zu lassen.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Juli Sei-
tens einer Postexpedition, wollen sich die Betreffenden auf das Circular
vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonne-
ments auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum
Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Nationalökonomie.

VIII.

Das Kapital.

(Schluß dieses Artikels.)

„Vorausgesetzene, angesammelte, aufgehäufte Arbeit“ — so
definieren daher auch die älteren Ökonomen den Begriff des
Kapitals.

Aus dem Zusammenhange, in welchem die bürgerlichen Öko-
nomen ihre Definition des Kapitals bringen, erkennt man aber
deutlich, daß sie selbst mit ihrer Erklärung noch nicht recht zusie-
den sind, daß sie die Einkommen erzeugende Eigenschaft des
Kapitals doch nicht ganz zu übersehen vermögen. Deshalb läßt
Postlat, wie wir gezeigt haben, an die Erklärung des Kapital-
begriffs gleich die Auseinandersetzung von der Berechtigung des
Zinses, des aus dem Kapitalbesitz entstehenden Gewinnes; es wird
also anerkannt, ohne es offen einzugeben, daß Zins, Rente,
Gewinn mit dem Begriff Kapital in Verbindung stehen. Es
fällt ja auch nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch Niemandem
ein, den Erdarbeiter, der eine Schippe besitzt und mit derselben
tagelöhnt, einen Kapitalisten zu nennen; zu behaupten, der Holz-
hauer, der mit der Art und einem Kober voll Lebensmittel in
den Wald geht, um dort die Woche über Bäume zu fällen, habe
sein „Kapital“ mit in den Wald genommen; schon der ein-
fache Sprachgebrauch deutet darauf hin, daß nur die Güter als
Kapital angesehen werden, deren Besitz ohne Arbeit Einkommen
verschafft.

Kapitalgüter, also Vorräthe, Rohstoffe, Werkzeuge, schaffen
dem Besitzer aber nur dann Einkommen, wenn sie zu neuer Pro-

duktion verwendet werden; daher fügen denn die liberalen Öko-
nomen ihrer Definition des Kapitalbegriffs zumeist die Klausel
hinzu, daß nur der Theil jener Kapitalgüter als Kapital zu be-
trachten sei, der nicht sofort verbraucht, sondern für zukünftige
Zwecke angesammelt und aufgehoben werde.

Alles Einkommen besteht in Werthgegenständen; alle Gegen-
stände haben aber nur so viel Werth, als in ihnen allgemein
menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit, gemessen nach Zeit,
enthalten ist; das Kapital schafft keinen neuen Werth. Alle Ka-
pitalgüter werden daher nur in dem Falle zu Kapital, wenn die
Möglichkeit geboten ist, fremden Arbeitsertrag einzulassen; und
diese Möglichkeit liegt in den gesellschaftlichen Besitz- und Eigen-
thums-Verhältnissen.

In diesem Sinne hat es freilich schon seit Jahrtausenden
Kapitalien und Kapitalisten gegeben, denn die Existenz des Pri-
vat-Eigentums gestattete immer die Aneignung fremden Arbeits-
ertrages. Zuerst erscheint das Kapital freilich nur in der Gestalt
des Handels- und Wucher-Kapitals; als Handelskapital sucht es
durch billigen Einkauf und theuren Verkauf aus Geld mehr Geld
zu machen; als Wucherkapital benützt es die Noth oder Verlegen-
heit eines Menschen, um zinstragendes Darlehen zu geben, also
für Geld mehr Geld zu erhalten. Wer aber mehr Werth juridis-
ch, als er gegeben hat, nimmt fremden Arbeitsertrag, da
Werth nur in der Arbeit besteht.

Die Unbilligkeit und Rechtswidrigkeit solchen Verfahrens ist
ganz allgemein anerkannt und verurtheilt worden, bis es dem
Liberalismus in der neuesten Zeit gelungen ist, durch Abschaffung
der Wuchergesetze seine ureigene Lebensbedingung, die wucherische
Aneignung fremden Arbeitsertrages, zu legitimiren, ohne doch im
Bewußtsein des Volkes das Gefühl von der Verwerflichkeit des
Wuchers erlöten zu können.

Bekannt sind die verdammenden Urtheile der Bibel und der
Kirchenväter über das Zinsnehmen und den Wucher; wir wollen
den Lesern noch Aussprüche von zwei Männern vorführen, welche
beide von unseren Gegnern als unparteiische Beurtheiler anerkannt
werden dürften; wir meinen Aristoteles und Luther.

Ersterer spricht vom Geldwerben und sagt:

„Der Handel schafft Geld und zwar nie anders, als durch
Geldumsatz. Ihm kommt es lediglich auf baares Geld an, baares
Geld ist Anfang und Ende des Umsatzes, und dieser, aus einem
solchen Geldmachen entspringende Reichtum hat keine Grenze.
Dies Gelderwerbswesen kommt nie an das Ende seines Zieles,
denn das Ziel ist wieder diese Art Reichtum und das Geld-
machen.“

„Jene Thätigkeit (des Handels) erfährt eine gerechte Miß-
billigung, weil sie unnatürlich und auf gegenseitige Uebervortheilung
gegründet ist. Und aus diesem Grunde ist mit vollem
Recht das Wucherhandwerk verhaßt, weil hier aus dem Gelde
selbst der Erwerb gezogen, und dasselbe seiner Bestimmung, als
Tauschmittel, entzogen wird. Denn es ward zur Erleichterung
des Waarenumsatzes erfunden, der Zins aber vermehrt es, wo-
her er auch diese seine Benennung erhalten hat (die Griechen
haben für den Zins noch heute das Wort tokos, d. h. das Ge-
bären oder das Geborne), denn die Kinder schlagen den El-
tern nach, sind selbst das, was jene sind; der Zins ist Geld vom
Gelde, und daher auch dieser Erwerbssweig im höchsten Maße un-
natürlich.“

Und Luther schreibt: „An die Pfarrer, wider den Wucher
zu predigen:

„Wer aber mehr oder besseres nimpt (als er giebt), das ist
Wucher und heißt nicht Dienst, sondern Schaden gethan seinem
Nehsten (eben so sehr) als mit Stehlen und Rauben geschieht.“

Wir sehen also, daß die Benutzung der Kapitalgüter, um sich
im Austausch Mehrwerth anzueignen, schon immer stattgefunden
hat, aber auch als schädlicher Wucher gleich dem Rauben und
Stehlen geachtet wurde.

Das Handels- und Wucherkapital hat also auch schon in frü-
heren Zeiten existirt, gleichsam in der Kindheit des eigentlichen
Kapitals. Reif und mannbar ist das Kapital aber erst in dem
Augenblicke geworden, in dem die freien Arbeiter ihre Ar-
beitskraft auf dem Markte anbieten müssen und somit denen,
welche jene Kapitalgüter: Rohstoffe, Werkzeuge, Vorräthe, oder
deren Werthäquivalent, Geld, besitzen, die Möglichkeit gewähren,
als Händler in Arbeitsnutzung und Kapitalnutzung aufzutreten.
In jenem Augenblicke gewinnen die Besitzer jener Güter die
Fähigkeit, aus Geld mehr Geld, immer mehr Geld zu machen,
d. h. sich fort und fort immer von Neuem und immer mehr frem-
den Arbeitsertrag anzueignen.

Der aufmerksame Leser wird aus diesen Andeutungen schon
den Unterschied sehen, der zwischen dem sozialistischen und dem
liberalistischen Kapitalbegriff besteht. Dieser sieht in jedem Be-
sitzstück schon Kapital und gesteht allenfalls zu, daß nur der Theil
der Güter, welcher zur Produktion verwendet wird, Kapital sei;
er behauptet, Kapital habe immer bestanden und es sei nur eine
Böswilligkeit der Sozialisten, von einer jetzt bestehenden kapita-
listischen Produktionsweise zu sprechen.

Nach dem sozialistischen Kapitalbegriff, wie ihn Carl Marx
zuerst definiert hat, sind nur die Güter Kapital, modernes Kapital,
welche zum Ankauf der Waare Arbeitskraft verwendet werden und
es daher dem Besitzer ermöglichen, im Lohn den vollen Tausch-
werth der Waare Arbeitskraft zu zahlen und durch Benutzung
des Gebrauchswertes dieser Waare wirklichen, realen Mehrwerth,
neuen Werth zu schaffen und als Eigentum zu behalten.

(Fortsetzung im nächsten Artikel.)

Das Einigungstreiben der deutschen Arbeiter und der „Gewerkverein“.

Der letzten Nummer des „Genossenschaftler“, Organ des Ge-
werkvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter, entnehmen
wir nachstehenden Artikel:

Während der Zeit, in welcher sich die beiden sozialistischen
Parteien, die sich bisher feindlich gegenüberstanden haben, zu
einem einmüthigen Handeln die Hände gereicht und sich vereinigt
haben, ist in dem Verband der deutschen Gewerkevereine eine Spal-
tung eingetreten; und zwar zum größten Nutzen der deutschen Ar-
beiter, die nun einen Einblick in die durchweg corruptirten Zustände
dieser Organisation gewinnen; es wird sich jetzt ein Reinigungs-
prozeß vollziehen, der schon lange zur größten Nothwendigkeit
geworden war. Die Despotie, die Lüge und die Niedertreue wird
mit einzelnen Personen zugleich entfernt werden, die Arbeiter
werden leichter aufatmen, sie werden frischer und muthiger für
ihre Emancipation kämpfen. —

Aber noch sind diese Zustände nicht erreicht, noch wird der
Haß gegen die eigenen Collegen geschürt, noch versucht man Ar-
beiter gegen Arbeiter aufzuheizen, um den Gegnern Ulegenheit zu
geben, aus diesen Zuständen Nutzen zu ziehen. Der „Gewerk-
verein“ zeigt uns dies in jeder Nummer, er beschäftigt sich viel
weniger mit Aufklärung seiner Mitglieder, als vielmehr mit einer
aus Reid entstandenen Polemik gegen die Bestrebungen anderer
Arbeitervereinigungen.

Aber zum Heile der deutschen Arbeiter können wir es mit-
theilen, die Tage dieser waderen „Kämpen“ sind gezählt! Die
Remesse ereilt sie bald!

Ein ganz intimer Freund des Herrn Dr. Max Hirsch und des
Herrn Polke ist in der letzten Centralrathssitzung gezwungen ge-
wesen, sein Amt niederzulegen: der Vorsitzende des Centralraths,
Herr Haal aus Charlottenburg. Die nächste Kammer wird das
äußerst interessante Schriftstück unsern Lesern wörtlich mittheilen,
vorläufig nur soviel: Die letzte Centralrathssitzung war un-
gemein stürmisch, nicht nur wurde der Hr. Vorsitzende einer ganzen Reihe
von gemeinen Verbrechen beschuldigt, ein Mitglied des Ortsvereins
der Kaufleute besitzt die beweisenden Aktenstücke dafür, die auch
wir veröffentlichen werden. Solche Leute lernen wir kennen und
wir sind jetzt erst bei dem Anfang!

Herr Andreal, der bekannte Kalauerfabrikant, wurde mit täglich
13 Mark ausgerüstet und vom Centralrath als Agitator zu den
verschiedenen Ortsvereinen gesandt, um die auswärtigen Mitglieder
„aufzuklären“ — aber schon in der ersten Stadt, wo er ankam,
in Stralsund, wurde er so gebührend empfangen, daß er zufrühen
war, ohne „schlagende Beweise“ davon zu kommen; so aufgebracht
waren die 5 Jahre lang „ehrlieh belogenen“ Arbeiter.“

Vielleicht unternimmt jetzt Polke die Agitationsreise, er wird
gewiß mit noch größerer Liebe empfangen; denn wenn ihm das
Lachen bis jetzt noch nicht vergangen ist, nach dieser Reise jeden-
falls ganz gewiß. —

In Berlin hat die Opposition nun einen anderen Charakter;
hier wird rechtlich und gesetzlich vorgegangen, und am 20. Juni
findet eine große Versammlung der Invalidenkassemittglieder statt,
in der unser College D. Richter den Vorsitz führt und auch die
Goldarbeiter einmal frei und ungehindert ihre Meinung aussprechen
werden und zugleich das Verdienst der Herren des „Gewerkverein“
den Arbeitern zur Kenntniß bringen. — Hier ist der Beweis klar
gebracht, die Arbeiter sind vollständig einig, aber der Centralrath
brachte die Zwietracht, er schloß die Goldarbeiter aus, denn die
Einigkeit ward ihm gefährlich — und wir werden es zeigen, daß
auch wir so denken, daß die gereinigten Arbeiter allen denen, die
auf die Taschen der Arbeiter spekuliren, oder sie zu ihrem Nimbus
gebrauchen wollen, gefährlich werden: die Arbeiter Deutschlands
haben bittere Erfahrungen gemacht, aber sie haben denken gelernt
und wissen, daß, wenn sie etwas erreichen wollen, sie ihr Schick-
sal selber in die Hand nehmen müssen; und diese Selbsthilfe, durch
die Gemeinlichkeit, durch Einigung aller Arbeiter, das ist auch unsere
Parole. Und darum hinaus mit Jenen, die dieses Einigungstreiben
hintertreiben wollen! Hinaus mit denen, die die Arbeiterbewe-
gung systematisch corruptiren, um uns in Ohnmacht und
Schwäche zu erhalten! Erkennen wir unsere ärgsten Feinde in
unseren eigenen Reihen, und machen wir sie unschädlich. Streben
wir zur Einigkeit und nicht zum Zwiespalt; aber seien wir un-
erbittlich gegen die Lüge und Gemeinheit. Die Einigung der ge-
samten deutschen Arbeiter sei unser Ziel.

Protest der Ortsvereine der Goldschmiede zu Berlin und Breslau

gegen die Beschlüsse des Verbandstages der deutschen
Gewerkvereine zu Leipzig 1875.

Verbandsgenossen!

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages zu Leip-
zig 1875, die uns durch das Verbandsorgan „der Gewerkverein“
zur Kenntniß gekommen sind, lassen uns erkennen, daß dort Be-
schlüsse gefaßt worden sind, die der Geschäftsordnung und den
Verbandsstatuten geradezu entgegenlaufen; die Eigenmächtigkeit der
leitenden Personen, die dabei zu Tage getreten, ist unerhört, und
steht einzig da in der deutschen Arbeiterbewegung; darüber schwei-
gend hinweggehen hiesse dieses ungesetzliche Treiben sanctioniren
und sich zum Mitschuldigen machen.

Frei und offen gegen diese Machination Einzelner aufzutreten
gebietet uns die Pflicht: die Interessen unserer Verbandsgenossen
zu wahren, und Recht und Ordnung in unseren eigenen Reihen

*) Eigene Worte des Herrn Andreal am 7. Mai 1875.

aufrecht zu erhalten. Wir protestiren also gegen die nachbenannten Beschlüsse:

1) Die Erhöhung des Beitrages und die Herabsetzung der Unterstützung für die Invalidenklasse betreffend.

Ein Beschl. der für jedes einzelne Mitglied von ungeheurer Tragweite ist und tief in die Interessen der Einzelnen einschneidet, weil er die Existenz der Invalidenklasse in Frage stellt.

2) Den Beschl., die Entschädigung derjenigen Mitglieder der Invalidenklasse betreffend, die zwar ihren statutengemäßen Pflichten genügen, aber sonst nicht in die Organisation passen.

Diesem Beschl. liegt die Geisteszuchtung und die Unterdrückung der freien Meinung zu Grunde, er hat den Zweck, Mitgliedern, die ihren Pflichten auch noch so genau nachgekommen sind, dennoch entlassen zu können, wenn sie sich nicht der bestimmten Meinung der leitenden Personen unterordnen; man will dadurch von nun an jede Opposition unmöglich machen, und man kann es in der That mit diesem Beschl. an der Hand. — Dieser Beschl. spricht aller Geisteszuchtungs-entwicklung Hohn und macht die Mitglieder, wenn sie ihre eingezahlten Beiträge nicht zum größten Theil verlieren wollen, zu willenlosen Werkzeugen in den Händen der Leiter.

Gegen diesen Beschl. anzukämpfen ist mehr als Alles, ist Menschenpflicht — er entwirft uns die Geisteswaffen, mit denen wir für unser Recht kämpfen können, er hemmt die Entwicklung der freien Meinung, er stempelt uns, noch einmal gesagt, zu willenlosen Werkzeugen!

Verbandsgenossen! Zu diesen angeführten Thatsachen kommt noch hinzu, daß diese benannten Beschlüsse auf statutenwidrige und willkürliche Weise gefaßt worden sind. Weil sie nicht, wie § 8 unserer Verbandsstatuten vorschreibt, 4 Wochen vorher den Mitgliedern der verschiedenen Ortsvereine durch das Verbandsorgan bekannt gemacht worden sind, sondern erst während der Verhandlungen den Delegirten bekannt gemacht wurden.

Thatsachen, die kraft unseres Statuts diese Beschlüsse aufheben und für null und nichtig erklären. Wir stellen uns aber auf den Boden unserer uns selbstgegebenen Gesetze und erklären:

„daß wir diese Beschlüsse nicht anerkennen, und uns denselben nicht unterwerfen werden, weil sie auf willkürlicher und statutenwidriger Weise gefaßt worden sind, und wir durch die Annahme diese Willkür nicht sanktioniren wollen.“

Beide vorgenannten Beschlüsse wurden nur mit größter Anstrengung am Verhandeltage durchgebracht; über jeden dieser beiden Beschlüsse wurde zweimal abgestimmt. — Man ahnte seitens der leitenden Personen die Schwierigkeiten, und kam deshalb mit diesen Anträgen erst plötzlich während der Verhandlungen heraus — also eine wohlgeplante Ueberrumpelung!

Verbandsgenossen! zeigt, indem Ihr Euch unserem Proteste anschließt, daß Ihr, gleich uns, Front macht gegen die Willkür in unseren eigenen Reihen. Wir appelliren an Euer Gerechtigkeitsgefühl. Zeigen wir, daß wir Männer sind, jederzeit bereit, gegen die Despotie in allen Formen anzukämpfen! Die Pflicht gebietet Euch, für Ordnung und Recht zu streiten, und wir fordern Euch auf, mit einzutreten in den Kampf, um die Männer der Willkür, der Ungeheuerlichkeit, der Despotie zu beseitigen.

Arbeiter! Angesichts dieser beklagenswerthen Thatsachen ist Einigkeit doppelt Pflicht, und nur durch einmütiges Handeln wird es möglich sein, in unserem gerechten Kampfe Erfolg zu erzielen!

Wir bringen diesen Protest auf diesem Wege der Deffentlichkeit zu Eurer Kenntniß, weil der Centralrath in seiner Sitzung vom 28. April 1875 beschlossen hat, alle einlaufenden Proteste ohne Rücksicht in den Papierkorb zu werfen — ein sehr probates Mittel, die Opposition tot zu machen.

Ziehen wir vereint zu Felde gegen die Corruption!
Mit Gruß und Handschlag!

Zur Aufrage der Ortsvereine der Goldschmiede zu
Berlin und Breslau
Wilh. Bong, Vors. Barlos, Vors.
Rud. Altwelt, Sectr. Jöge, Sectr.

Alle Zustimmungsadressen sind mit Angabe der Zahl der Stimmen zu senden an W. Bong, Goldarbeiter, Prinzessinnenstraße 16, 2 Tr. Berlin.

(Verschiedentliche andere, auf den „großen Krach“ — des Harmonieapostels Hirsch bezügliche Aktenstücke bringen wir demnächst zum Abdruck. R. d. B.)

Politische Uebersicht.

— Die Lage der unteren Postbeamten in Deutschland, schreibt der „Neue Sozialdemokrat“, ist bekanntlich ein recht gedrückt. Trotzdem soll noch mehr beim Postwesen an ihren Gehältern „gespart“ werden. Die Betriebskosten für das Postwesen sind angeblich viel zu theuer, und daher sollen aus löblicher Sparsamkeit die Einkünfte der Postschaffner, der Beamtenproletarier beschritten werden. Bisher erhielt der Postschaffner für jede Stunde, wo er sich fahrend im Dienst befand 1/2 Gr. Statt der Stundenrechnung ist jetzt jedoch die Entfernungsberechnung eingeführt, wonach der Schaffner pro Kilometer der Tour 6/10 Pf. Fahrgehalt erhält.

Daß dies sehr wesentlich ist, ersehen wir daraus, daß bei der gegenwärtigen Kilometerberechnung der Schaffner nur 15 Thlr. monatlich erhält, während er sonst auf 25 Thlr. zu stehen kam. Es spart somit die Post an jedem Schaffner im Jahre 120 Thlr. Fragen wir nun, was hat der Mann für seine 15 Gr. Fahrgehalt pro Tag zu thun? Ein Schaffner hat beifolgender Weise die permanente Tour von Berlin nach Eisenach. Die Fahrt dauert im Ganzen 16 Stunden; während dieser langen Zeit hat er fortwährend im Wagen zu stehen oder herum zu laufen, Briefbünde aufzumachen, die einfachen, reformmandirten und Gelbbriefe zu sortiren, auf jeder Station neue Bünde zu empfangen und so fort bis Eisenach. Bei solcher Beschäftigung muß der Mann ausgezehrt und müd sein. Kommt er endlich in Eisenach an, so ist er hungrig und durstig; was soll ihm noch von 15 Gr. übrig bleiben, wenn er sich satt gegessen und getrunken hat? — Nur fünf Stunden ist der Postschaffner dienstfrei, dann geht die Fahrt zurück, und zwar vorläufig bis Halle. In dieser Stadt könnte der Mann nun ein paar Stunden schlafen, aber wo? Soll er sich bei seinen 15 Gr. ein Hotelzimmer für 3 Mark mieten? — Wenn die obere Postbehörde im Bahnhofsgebäude nur den einfachsten Raum, Strohmatten und Deden hergäbe, würde das schon hinreichen, dem Todtmüden körperliche Ruhe zu verschaffen; aber sie giebt keine Packzimmere, keinen Strohhalm, und so muß der arme Postschaffner sich irgend eine Diele suchen, um darauf die Glieder zu drücken, daß es einen Stein erbarmen möchte. — Vergleichen wir damit, was der Generalaufseher des Fahrpersonals für seine Mühewaltungen erhält. Von der Secunde, wo er seinen

Fuß in den Wagen setzt, datirt die Berechnung. Für jede Stunde, die er auf der Reise zubringt, erhält er, außer seinem sehr bedeutenden Gehalt, fünfzehn Groschen, dazu Erfrischungsvorgaltungen, und wenn er auf eine andere Tour übergeht, Aus- und Einstragegeld. Wenn er einen Knopf von der Uniform verliert, kann er liquidiren. Auf die Bemerkung eines Herrn, daß die Postschaffner bei der jetzigen Kürzung ihres Einkommens nicht bestehen können, soll geantwortet sein: „Müssen sich einrichten, sollen ein Glas täglich weniger trinken.“

Natürlich wird das Glas, welches die unteren Postbeamten „täglich weniger trinken“ sollen, dem Militarismus zu Gute kommen. Man stellt man doch neuerdings Angesichts der französischen Heeresreorganisation von der Nothwendigkeit einer Vermehrung des stehenden Heeres, was selbstredend eine Vermehrung der Steuern erfordert. Da die Steuerfahraube aber schon übermäßig angestrengt arbeitet, so sollen die Beamten, wohlverstanden: die unteren Beamten, herhalten und „täglich ein Glas weniger trinken“. Ist das nicht löblich!

— Ueber die Arbeiterverhältnisse des Herzogthums Altenburg nebst Umgebung schreibt man uns:

„Auch hier zeigt sich deutlich, wie man es versteht, die ärmste Klasse auf die raffinierteste Art auszubeuten. Daß die Lage des Arbeiters in Thüringen überhaupt der der schlesischen Weber würdig an die Seite gestellt werden kann, ist genügend bekannt, jedoch dürfte es der Beachtung werth sein, diese Thatsache auch durch Zahlen zu begründen. Schuhmacher, Schneider u. haben einen wöchentlichen Verdienst von (ich nenne das Höchste!) einem Thaler nebst „Kost“ (ich finde trotz eines Exkurs keine passende Benennung für diese „Kost“) bei täglich 14stündiger Arbeitszeit (nie darunter), und doch können diese sich im Vergleich zu den Verheiratheten noch als gut gestellt betrachten! Letztere haben einen Durchschnittslohn von vier Thalern, und sind die Lebensmittel, excl. Logis, hier theurer als in der größten Stadt! Wie machen diese Leute es nun im Winter möglich, eine Familie zu ernähren? Nun, wenn keine Arbeit da ist, wenn der Hunger sich mit seinem ganzen Schrecken einstellt und die Kinder vor Frost zittern — so entschließt man sich dann, den letzten Rod, das letzte Bett ins Pfandlokal zu schaffen, in der leider oft irrigen Meinung, selbes in „besseren Zeiten“ wieder einlösen zu können. Der Kohlenhändler Wörzberger in Radolfsdorf fährt ein solches Institut und ist human genug, gegen dreifache Sicherheit einen Vorstoß zu leisten, wofür er sich mit Rücksicht auf sein „Risiko“ vom Thaler zwei Groschen pro Monat in Abzug bringt! „Risiko-prämie“!!! Wird das Pfandobjekt nicht auf die Stunde eingelöst, so ist der Eigenthümer des Rechtes des „Rückkaufs“ verlustig gegangen, und hat vielleicht für den letzten Rod im Werthe von 12 Thalern 3 Thlr. 22 Sgr. erhalten! Rechnen wir nun noch hinzu, daß manches Pfand wohl auch eher als nöthig eingelöst wird (gewöhnlich um es hernach wieder zu versehen), so finden wir, daß sich für dieses „Geschäft“ ein Profit ergibt von mindestens 100 pCt.!!! Diese 100 pCt. sind also von den Allerärmsten entnommen, welche, vom Hunger getrieben, den letzten Schritt thun, um nicht zu verhungern! Doch, was versteht ein Bourgeois vom Hunger? Er betrachtet ihn nur als Bürge des Wahles — einen anderen Begriff davon hat er nicht! Und das „Geschäft“ geht gut!! Ein Pfandschein vom 1. April a. e. trägt die laufende Nummer 5521! Beweist das Blößen dieses „Geschäfts“ nicht, daß das Elend groß sein muß? Die beständige Klasse kümmerst sich nicht um solche Pappalien — sie läßt jetzt wieder (wo? R. d. B.) freich, fröhlich und fromm für ein Denkmal zur Erinnerung an die „glorreichen Tage“ betteln, und tragen die Aufschrift als Einleitung folgende Phrase: „Die Tage, an welchen sich Deutschlands glückliche Geschichte erfüllten u.“ Man vergleiche mit obigen Zahlen!

Nach diesen unumstößlichen Thatsachen muß Einem die Ueberzeugung werden, daß es nöthig ist, unumgänglich nöthig, daß Seitens unserer Partei eine rege Agitation in hiesiger Gegend in Szene gesetzt wird, und wenn die Besinnungsgegnossen ihre Kräfte hierzu leihen, so ist der Zweck dieser meiner Zeilen erfüllt.“

— In Brann (S. die Correspondenz von da) ist ein Conflict zwischen Arbeitern und Fabrikanten ausgebrochen; die Arbeiter können bei den Hungerlöhnen nicht bestehen, die Fabrikanten wollen keine anständigen Löhne bezahlen. Natürlich haben sofort die Verhörten Partei für die Reichen gegen die Armen ergriffen, und, wie ein Telegramm meldet, sind zahlreiche bei dem Strike betheiligte Arbeiter verhaftet, die nicht anständigen „Aufwiegler“, denen man sonst nichts anhaben konnte, „ausgewiesen“ worden. Und das nennt man „die soziale Frage lösen.“ Wahrhaftig, „die Dummen werden — nicht alle“ — in Oesterreich und anderen Ländern. —

— Die Arbeiterfrage in der Türkei. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Constantinopel berichtet wird, haben in einem dortigen Arsenal 1200 Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil sie seit 6 Monaten keinen Lohn erhalten hätten. Die Folge hiervon war, daß der Finanzminister den Arbeitern den rückständigen Lohn für 2 Monate auszahlen ließ. Da sind die deutschen Arbeiter doch besser daran, ihnen wird doch wenigstens nicht Alles genommen, und sie kommen mit einer „gelinden Lohnreduction“ davon, wenn in dem Säckel der Firma Camphausen - Achenbach Ebbe ist.

— Soldatenleben und -sterben. Die „Oberfränkische Zeitung“ enthält folgendes „Eingekandt“:

„Bayreuth, 18. Juni. Vor einigen Tagen machte ein Theil der hiesigen Infanterie einen Reifemarsch über Bindlach. Auf der Höhe des Bindlacher Berges soll nun ein Soldat begehrt haben, austreten zu dürfen, indem es ihm unmöglich wäre, weiter zu marschiren. Der betreffende Compagnieführer verweigert es, und so mußte der arme Mensch, gänzlich erschöpft, unter glühender Sonnenhitze weitermarschiren bis er zusammenbrach und bald nachher sein junges Leben aufhauchte. Wir erlauben uns nun die Frage: Was ist Wahres an der Sache? Ist es wahr, daß in betreffender Compagnie schon mehrere Selbstmorde vorgekommen sein sollen? Wäre es dann nicht angezeigt, wenn eine genaue Untersuchung stattfände, um die Ursache hiervon zu eruire. Sum cuiusque! (Jedem das Seine.) Ein Menschenfreund, der auch in dem Soldaten einen Mitbruder sieht.“

Ein Bayreuther Parteigenosse, der uns die betr. Nummer der „Oberfränkischen Zeitung“ zugesandt hat, bemerkt dazu: Die Sache ist leider richtig. Der geopferte Soldat heißt Frank und ist wirklich todt. Und wahr ist auch, daß in der Compagnie des unglücklichen Frank schon mehrere Selbstmorde vorgekommen sind. Sie hat sogar Dressuren à la Platinier aufzumachen. Vor 2 Jahren wurde der Compagnie ein Soldat eingereicht, der ein heißes Wein

batte. Da hieß es: er ist Simulant; und es wurden verschiedene Prozeduren mit ihm vorgenommen, z. B. die Beine mit Striden gebunden und dann nach Belieben in Bewegung gesetzt u. Bei dieser Gelegenheit zeichnete sich vorzüglich Vice-Kelchmichel Dittmar aus (welcher in früheren Zeiten sich einen Sozialdemokraten nannte und vor 3 Jahren wegen Beleidigung des deutschen Kaisers in einer Versammlung mehrere Monate Arrest erhielt).

Dittmar beobachtete den Soldaten Nachts und will bemerkt haben, daß der Betreffende sein Bein bewegt habe; kurz der Soldat wurde als Simulant zu 1 Jahr Festung Oberhaus verurtheilt, und hat jetzt richtig ein heißes Bein. — Hat er es vordem nicht gehabt, so haben sie ihm wenigstens dazu verholfen. Der Name des betreffenden Compagnie-Chefs ist Hauptmann Lindhammer; der Name verdient bekannt zu werden.

— In Leipzig wird zur Sozialistenhag geblasen — natürlich im „Tageblatt.“ Die Polizei, heißt es da, habe die Gewerksvereine (?) aufgefordert, „bei Strafe sich zu melden.“ Was das bedeuten soll, wissen wir nicht; was aber folgt, ist klar, so klar wie die früheren Post-Helbenthaten des Hrn. Tageblatt-Redacteur Leonhardt. Es heißt da nämlich zur Erklärung der mysteriösen Maßregelung, die „Gewerksvereine“ ständen „thatächlich unter Oberleitung des Geheimbundes „Arbeiterpartei.“ Insame Denunziation! würden wir sagen, wenn wir uns nicht jetzt der Sosenflache erinnerten! Auch das Ministerium des Innern wird von dem „Tageblatt“-Schreiber denunziert; es soll die Maßregelung angeordnet haben. Nun, wir trauen unsern Ministern viel zu, aber für so — halten wir sie doch nicht.

— Aus Stuttgart d. d. 21. Mai schreibt man uns:

„In der vielbesprochenen Preßprozeßsache gegen den bekannten Schriftsteller Gustav Rasch wegen seines von dem Braunschweiger Kreisgericht mit Beschlag belegten Buches „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ ist nun endlich vom hiesigen Kreisgericht der Hauptlastungszeuge des Angeklagten, der hier lebende Kaufmann Carl Dürand, eidlich vernommen worden. Der Reisegefährte des Angeklagten auf seiner politischen Forschungsreise in „den neuen Reichsländern“ hat sämtliche incriminirte Schilderungen und Zustände in Elsaß und Lothringen Wort für Wort, „als von ihm selbst gesehen und von ihm selbst gehört“, eidlich bestätigt. Damit dürfte das Schicksal dieses Prozeßes durch Freisprechung des Angeklagten und Freigebung des Buches wohl entschieden sein. Der Letztere hat nun ein neues, höchst wichtiges Dokument dem Kreisgericht in Braunschweig eingereicht. Es besteht in einer, sich auf die Zeugniserhebung des Fürsten Bismarck beziehenden Erklärung des Mühlhauser Fabrikanten Jean Dollfus, worin derselbe sich über die von dem Elsaßischen Abgeordneten im Jahre 1871 gemachten Versprechungen Bismarcks ausdrückt und sämtliche Behauptungen des Angeklagten bestätigt. In dieser Erklärung heißt es unter andern: „Je répète mot pour mot les paroles du Chancelier: — — „je vous promets de changer le moins possible les institutions que vous avez, vous pourrez vous regarder comme une republique se gouvernant elle même.“ — „Nous en sommes loin, de cette republique!““ fügt Dollfus diesen Worten des Fürsten Bismarck hinzu, Was sagen die Bismarck'schen Lohnschreiber und Preßmamulalen nun zu dem Verlauf dieses fatalen Prozeßes? Ihr nothwendiges Stillschweigen seit einem halben Jahre wird immer erklärlicher!“

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Siehe. Die verschiedenartige Auffassung der vorgeschlagenen Erhöhung der Krankenkassen-Steuer veranlaßt mich zu nachfolgender Mittheilung. Auf der vorjährigen Generalversammlung zu Halle wurde beschlossen, daß der Aufschuß, in Vereinbarung mit der Control-Commission eine Erhöhung der betreffenden Steuer anzuordnen habe, wenn im Laufe des Jahres die Nothwendigkeit dazu sich herandstelle. Weil nun, wie aus der Abrechnung zu ersehen, diese Nothwendigkeit eingetreten ist, hat der Aufschuß in vorgeschriebener Weise die hierzu nöthige Anordnung getroffen, abfichtlich aber erst nach geleger Abrechnung, damit die Mitglieder die Kassenverhältnisse auch gleich vor Augen hätten. Es kann die Annahme dieser Steuererhöhung nur bedingungslos geschehen, denn die Verwaltung ist nicht kompetent, dagegen die Gewerkschaftssteuer zu reduzieren. Es schließt dieses aber nicht aus, daß bezügliche Anträge zur Generalversammlung gestellt werden können. Ueberhaupt wird die diesjährige Generalversammlung sich eingehend mit der Krankenkasse zu beschäftigen haben. Wenn ich überhaupt einen Vorschlag zu machen mir erlauben soll, ist es der: Die Mitglieder möchten die vorgeschlagene Steuererhöhung annehmen, damit unserer Krankenkasse nicht der Lebensaden abgeschnitten wird, dann aber fernere Vorschläge der bedürftigen Generalversammlung zu unterbreiten. Ich ersuche aber das Resultat der Abstimmung schnellstens anher mitzutheilen.

Ferner fordere ich die Bevollmächtigten auf, die Zeit bis zur Generalversammlung agitatorisch fleißig auszunutzen. Das beste Material haben wir hierzu in unserem statistischen Bericht. Derselbe hat aber auch nur dann Werth, wenn er auf diese Weise benutzt wird. Ueberall, auch da, wo schon Mitgliedskassen bestehen, müssen allgemeine Schneidervereinsammlungen einberufen werden, um den fernstehenden Collegen ihre wahre Lage vor Augen führen zu können. Der Wille zum Beitritt ist nicht so flau, wie man häufig meint. Es bedarf an sehr Plätzen nur einer richtigen Anregung, um die Collegen für uns zu gewinnen. Ich bin überzeugt, daß, wenn Jeder seine Schuldigkeit thut, wir schnell tüchtige Fortschritte machen werden. Darum auf, Ihr Freunde, benutzen wir die Zeit. Bedenken wir, daß die Weiterverbreitung unserer Ideen die erste Pflicht für uns ist.

Neue Mitgliedschaften haben sich gebildet: in Eisenach, Bevollmächtigter Ed. Fenzte, Georgenthor D 184, Cassirer Friedrich Ruble; ferner in Darmstadt, Bevollmächtigter Beg, Erbacherstraße 9, Cassirer Triesth, Zimmerstraße 2.

Das Mitglied Scheu aus Ganderbach bei Wiesbaden ist wegen brutalen Benehmens gegen seine Mitarbeiter auf Beschlag der Mitgliedschaft Braunschweig aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden.

Mit brüderlichem Gruß!
J. A. B. Kery, Neustadt D. 201.

*) Ich wiederhole Wort für Wort die Aeußerung des Kanzlers: — — „ich (Bismarck) verspreche Ihnen, möglichst wenig die Einrichtungen zu ändern, welche Sie haben; Sie können sich als eine Republik betrachten, welche sich selbst regiert.“ — „Wir sind sehr weit von dieser „Republik“ entfernt.“

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Der Kampf unserer Lübecker Collegen bietet wirklich viel Interessantes für die Öffentlichkeit. Es ist wohl zum erstenmal, daß Schiffszimmerleute über Dienstverhältnisse irgend welcher Beamten sich äußern, es wäre dieses auch wohl so leicht nicht geschehen, wenn unsere Lübecker Collegen nicht durch den dortigen Polizeicommissarius dadurch veranlaßt würden. Es war am 26. Mai, wo wiederum 7 schwedische Zimmerleute aus Dölarshamm zugereist kamen, um in Lübeck Arbeit zu nehmen. Die Leute wußten natürlich nicht, daß unsere Collegen sich mit den Meistern im Kampfe befinden, indem sie den Letzteren Glauben geschenkt, daß die Arbeit überhäuft sei und es an Arbeitskräften mangle, aus welchem Grunde sie zugereist kamen. Es waren diese 7 Mann lauter verlässliche Leute. Nachdem sie sich über die Verhältnisse unserer Collegen aufgeklärt hatten, gingen sie des Abends mit in die Besammlung, verhandelten gemeinschaftlich mit den Collegen, und kamen zu dem Entschluß, sofort wieder abzureisen, nachdem unsere Collegen die Rückreise zu zahlen sich verpflichtet hat. Mit diesem guten Vorsatz gingen die 7 Mann des Abends, angeführt von dem erwählten von der Reise, ins Quartier, um am andern Morgen die Rückreise anzutreten. Aber der Mensch denkt und die Polizei lenkt. Am andern Morgen früh erhielten die Schweden schon einen Besuch von zwei Polizisten. Dieselben ließen die Meister herbeiholen, und diese sollten dann die Leute in Empfang nehmen. Die Schweden weigerten sich jedoch mitzugehen, und so wurden sie mit Gewalt auf die Straße hinaus gebracht. Während dieser Zeit lief einer unserer Collegen zu dem schwedischen Consul und beklagte sich über die Mißhandlung, welche den schwedischen Brüdern von Seiten der Polizei zu Theil wurde. Der Consul antwortete, er wolle die Sache in die Hand nehmen, wenn einer von den Schweden sich selbst bei ihm beklagen würde. Die übrigen Collegen beruhigten unterdessen die Schweden über die Mißhandlung, die ihnen widerfahren worden, und versprochen sie auf den Consul, zu dem schon geschickt sei. Die Polizei wollte den Verkehr mit unseren schwedischen Collegen nicht dulden und nahm mehrere Verhaftungen vor. Ja, der Polizeicommissarius war so dreist, unsern Collegen Fritz Kay, der Bürger der Stadt Lübeck ist, mit ungeheurer Wucht auf die Brust zu stoßen, wobei er dem Kay nicht nur den Rock zerriss, sondern ihn auch noch arretirte. Jedoch erreichte der Polizeicommissarius seinen Zweck nicht. Unser College Fritz Kay ließ sich ruhig verhaften, da in ihm sofort der Gedanke aufstach, daß, wenn der Polizeicommissarius mit ihm fortginge, seine übrigen Collegen Gelegenheit hätten, mit den Schweden zum Consul zu gehen. Ein Glück für den Commissarius, daß unsere Collegen seinen Augenblick die Besonnenheit verließ, denn sonst hätte er seine Mißhandlungen an Kay vielleicht theuer büßen müssen. Der Bruder des Kay ging darauf mit den Schweden zum Consul und dort wurde denn ausgemacht, daß die schwedischen Collegen, weil sie sich hierzu schon verpflichtet hatten, auf 14tägige Kündigungsfrist die Arbeit antreten sollten. Aber sofort, in Gegenwart des Consuls, wurde von ihnen die Arbeit gelündigt, worauf sie durch die Polizei zur Arbeit geführt wurden. An dem Tage, wo ihre Kündigungsfrist abgelaufen war, reisten sie mit Freuden ab, bedankten sich für die gute Behandlung, die ihnen von Seiten unserer Collegen zu Theil geworden war und forderten unsere Collegen auf, den Polizeicommissarius wegen Amtsverletzung bei der Staatsanwaltschaft zu verklagen, sie seien zu jeder Zeit erdbittig, zurück zu kommen, um Zeugnis abzulegen. Das hier Erzählte ist alles Thatsache, und man sollte kaum glauben, daß so etwas geschehen könnte, und namentlich in der freien Hansestadt Bremen. Der Polizeicommissarius ist bereits bei dem Staatsanwalt denunzirt, hoffentlich wird der § 341 des deutschen Reichs-Strafgesetzbuches seine Wirkung nicht versagen. Man spricht fortwährend von der Staatshilfe, welche die Sozialdemokraten erstreben, aber die Meister geniren sich nicht, die Staatshilfe bei jeder Gelegenheit zu beanspruchen. Unserm Bevollmächtigten Kupbel in Lübeck hat man Staatshilfe auf eine andere Art widerfahren lassen, man hat ihm die Steuern von Rm. 10.50 auf Rm. 15 erhöht.

Es ist hieraus zu ersehen, Schiffszimmerleute Deutschlands, daß der Strich unserer Lübecker Collegen, der am 11. Februar begonnen hat, noch ewige Zeiten fortdauern kann. Daher rufe ich Euch zu, seid stets auf Eurem Posten. Die Meister leben in der Hoffnung, unsere Collegen werden bald vor Hunger an die Arbeit gehen, sie wissen natürlich nicht, daß sie darüberhin eher sterben können. Es wäre ja auch ein Unglück, wenn unsere Collegen nicht ohne die Lübecker Meister existiren könnten. Man gewöhnt sich an Alles, und so nehmen denn auch unsere Lübecker Collegen an, die Meister in Bremen seien für sie gar nicht vorhanden.

Mit sozialdemokratischem Gruß
H. Groß.

In Glasgow (Schottland) haben auf der Werft Kapier die Schiffszimmerleute die Arbeit niedergelegt, und sucht man deutsche Schiffszimmerer dahin zu locken. Deutsche Schiffszimmerer, Euere Ehre und Euere Interesse gebieten, daß Ihr Euch nicht gegen Euere brittischen Brüder verwenden laßt! Folge Keiner dem Lockruf! In nächster Nummer mehr!

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sig Weimar).

Die Vororts-Verwaltung an die Mitglieder.
Gewerkschaften!

Seit Monaten schon zieht sich durch die Spalten des „Volkstaats“ eine Polemik seitens einiger Mitgliedschaften gegen die Vorortverwaltung, welche bei den Unbeliebtesten die Meinung zu erwecken geeignet ist, als ginge ein tiefer Riß durch unsere Gewerkschaft. Wie wenig dies der Fall und wie wenig Gegenstand zu Beschwerden aber vorliegt, werden die Gewerkschaften aus hier Folgendem ersehen, ebenso werden sie in der Ansicht mit uns harmoniren, daß durch solche kleinliche Streitereien unsere Bewegung nicht gefördert, für unsere gute Sache nichts gewonnen wird. Es hat noch nie die Verwaltung eines Staates, einer Stadt, einer Corporation gegeben, welche es Allen recht machte, welche nichts zu wünschen übrig ließ, und die Vorortverwaltung zu Grimmitzschau hält sich weder für vollkommen, noch für unfehlbar; wenn sie sich aber die Frage vorlegt, ob sie hinter den berechtigten Ansprüchen der Gewerkschaftsmitglieder, sei es aus Mangel an Kraft, sei es aus Mangel an gutem Willen, zurückgeblieben, so muß sie diese Frage verneinen, und ihre Ansicht findet in der einer Anzahl Mitgliedschaften, welche theils im „Volkstaat“, theils direct sich ausgesprochen, ihre Bestätigung.

Wer uns freilich mit dem Maßstabe anderer Gewerkschaften mißt, welche zahlreicher oder in Folge günstigerer Verhältnisse bemittelte sind, so daß sie einen nur für die Gewerkschaft thätigen, durch nichts im Reizen und Agitiren behinderten Vorstand besolden; wer von uns, die wir nur unseren Frierabend der gemeinsamen Sache widmen können, eben so viel verlangt, wie von einer mit Gehalt versehenen Verwaltung, dem können wir allerdings mit

feinen Ansprüchen nicht genügen. Wir hätten aber auch nie erwartet, daß man so unbillige Ansprüche an uns stellen würde. Man beklagt ferner, daß nicht lebhafter agitiert würde; diese Klage wird nicht allein bei uns laut, sie würde aber nur dann ein Gewicht für uns haben, wenn man uns nachweisen könnte, daß wir eine günstige Gelegenheit veräußert, eine Aufforderung unbedeutend gelassen hätten. Ins Blaue agitiren zu lassen, um mit großen Opfern für den Augenblick ein paar Mitgliedschaften ins Leben zu rufen, die dann auf dem Papiere stehen, aber weder leben noch sterben können, das ist unsere Sache nicht.

Uebrigens sind es auch nur 2 Mitgliedschaften (wir wollten denn als dritte Dresden hinzurechnen), welche ihre Unzufriedenheit geäußert haben. Da ist zunächst Braunschweig, welches alles Heil von einem Congresse erwartet und uns rührt, weil wir im Einverständnis mit der Majorität mit dem Congreß zurückhalten. Auf der letzten Generalversammlung in Chemnitz wurde der Beschluß gefaßt, es dem Vorort anheimzustellen, ob er im nächsten Jahre einen Congreß zusammen zu berufen für nöthig erachten würde. Wir hielten nun dafür, von einem Congreß für dieses Jahr abzusehen, einmal weil nichts Wichtiges vorlag, andererseits aber auch, weil wir aus Erfahrung wußten, daß nach den finanziellen Opfern, die ein Congreß erfordert, eine finanzielle Schwächung unausbleiblich ist, die also doch nicht ohne ausreichende Gründe veranlaßt werden darf. Da aber Braunschweig unaufhörlich drängte, so wollten wir die Mitgliedschaften entscheiden lassen und erließen eine diesbezügliche Aufforderung. Da sprachen sich Schweinan, was unsere wichtigste Mitgliedschaft ist, Pfeiser und Nowawes aus ganz denselben Gründen, welche die Vorortverwaltung und die Mitgliedschaft leiteten, gegen Abhaltung eines Congresses für dieses Jahr aus, und selbst auf wiederholte Aufforderung, daß alle Mitgliedschaften sich aussprechen möchten über die Frage, erklärten sich nur Augsburg und Großenhain für Braunschweigs Ansicht. Wir hätten das Resultat veröffentlicht und weitere Entschließung gefaßt, wenn nicht die Vereinigung und Neuorganisation des gesammten Gewerkschaftswesens auf der Tagesordnung gestanden hätte, welcher Umstand uns umso mehr zur Zurückhaltung ermahnte, als in derselben Zeit unser Parteigenosse Bod in Gotha eine sanfte Rüge erhielt, daß er im Angesicht allgemeiner Verständigungen im Besonderen sortarbeite. Das ist nun der Congreßzeit, sonst wüßten wir nicht, was wir mit Braunschweig für Differenzen hätten, welche diese Mitgliedschaft zu den vielen Liebeshändeln veranlassen könnten, mit denen sie uns in der kurzen Zeit bedacht. Die Vorortverwaltung soll ganz lahm liegen, es soll da nicht einmal eine Adresse geben, an die die Mitgliedschaften schreiben können. Als Beweis haben die Braunschweiger einen Brief angeführt, der Antwort bis zum 18. April verlangte, aber die im „Volkstaat“ veröffentlichte ausführliche Adresse so lässlich abgekürzt hatte, daß der Brief zurückging und erst am 26. April an den Adressaten gelangte. Die Braunschweiger haben den Brief zurückgehalten und dann richtiger zu adressiren gewußt, trotzdem erklären sie aus diesem Grunde die Vorortverwaltung für lahm. Wenn freilich eine Verwaltung deshalb schon als unfähig erklärt wird, weil die Post einen mangelhaften an sie adressirten Brief nicht bestell, dann gibt es wohl keine fähige Verwaltung. Braunschweig handelte dabei aber auch nicht einmal loyal, es wußte, daß es Jedermann passiren kann, einen Brief nicht zu erhalten, daß deshalb ein ordentlicher Vorwurf darauf nicht zu gründen war, und da spricht es gleich in der Mehrzahl, daß die Briefe nicht an die Adresse kommen könnten und nicht beantwortet würden, während man doch wohl wußte, daß nur ein Fall vorlag und daß die Schuld nicht an der Verwaltung, sondern an dem Absender in Braunschweig lag. Nur in Bezug auf die Form der öffentlichen Abrechnung ist Braunschweig von sich aus zu einem Vorwurf berechtigt gewesen, die Gewerkschaften werden zur gegebenen Zeit erfahren, daß wir damals Arbeitereigenthum vor gewissen Angriffen zu sichern hatten.

Wir lassen nunmehr bis zum Schlusswort Braunschweig bei Seite und begrüßen als zweiten Beschwerdeführer Großenhain. Die dortige regsame und feste Mitgliedschaft erklärte, ohne Unterlage zu haben, die Braunschweiger Beschwerden für gerechtfertigt. Speciell mit ihr kamen wir in Conflict, weil wir uns nicht für berechtigt erklärten, Geld für die dortige Sterbekasse zu geben, und wir gingen von dem Grundsatze aus, daß eine Verwaltung nicht das Recht hat, über die ihr anvertrauten Gelder anders zu disponiren, als wie ihr vorgeschrieben. Wir gingen bis an die Grenze dessen, was wir glaubten thun zu dürfen, indem wir unsere Zustimmung gaben, daß aus der Localkasse das Geld als Darlehn gegeben würde, unter der Bedingung, daß die Mitglieder die Garantie für rechtzeitige Zurückzahlung übernehmen würden. Damit sind wir nun schon angekommen. Man hatte das Wort Garantie, womit wir die moralische Verpflichtung der Mitglieder gemeint, für Rückzahlung zu sorgen, ganz übel verstanden, und wir wurden fast höhnisch gefragt, ob denn die Mitglieder, die schon so viel geopfert, ihre Betten u. verspähen sollten. Es hat uns solch kränkendes Mißverstehen tief verletzt, zumal uns die Abrechnung Großenhains aus jeder Zeit einen Ueberschuß von 54 Thlr. angiebt, während die Unterstüßungsgelder nur mit 19 Thlr. 5 Gr. angegeben sind und die in der Abrechnung als beifolgend angegebenen 13 Thlr. nicht an uns abgeliefert wurden, also unberechtigter Weise zurückgehalten worden sind. Nach dieser Abrechnung sind entweder die Vormüße ungerechtfertigt, oder die Abrechnung ist nicht richtig. Großenhain hat uns noch vorgeworfen, daß Liebknecht wohl beim drohenden Strich nach Großenhain gekommen, aber Niemand von uns, von der Vorortverwaltung, Großenhain schrieb uns selbst, daß Liebknecht kam oder kommen würde, war die Sache da nicht in besten Händen? Sollten wir vielleicht ein Stückchen Geld nutzlos verzeihen? Nun, solche Vorwürfe kommen bei ausbrechenden Mißverständnissen viel vor, und man soll sie und wir wollen sie nicht auf die Goldwaage legen.

Was Dresden anbelangt, so erlich es bei Veröffentlichung des Streits ein höchstnütziges Schreibstück, unterzeichnet von einem „Schriftwart“ K. Sauer, mit dem Schlusswort: „Die Würfel sind gefallen!“ Dresden schickte uns die letzte Abrechnung vor einem halben Jahre, aber ohne Geld. Die Abrechnung stimmte auch nicht, weshalb wir sie zurückschicken mußten. Gehört haben wir seitdem, außer dem Schlusswort: „die Würfel sind gefallen“, von Dresden nichts wieder. Gegen solche Dummelei hilft freilich kein Congreß!

Und nun sind wir wieder beim Congreß, den Braunschweig anbedingt haben will; es beantragt sogar einen außerordentlichen mit Hinweis auf § 30, ohne jedoch den Nachweis über die benötigte Zahl von 1/3 der sämmtlicher Mitglieder beizubringen. Es bezieht sich auf die angebliche Zustimmung von Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Broitzsch und Niddagshausen. Von den genannten kleinen, im Braunschweigerischen liegenden Mitgliedschaften gehört Schöppenstedt nur der Krankenkasse an, kommt also nicht in Frage; die andern aber müßten selbst die Erklärung an uns gelangen lassen, bevor wir eine Zusammenstellung der Mitgliederzahl vornehmen

könnten; Großenhain und Augsburg haben sich zwar für Abhaltung einer Generalversammlung ausgesprochen, aber nicht für eine sofortige und nicht für eine außerordentliche.

Im Angesicht des Vereinigungsverfahrens der sozialistischen Partei, im Angesicht der beabsichtigten Reorganisation der gewerkschaftlichen Bewegung halten wir es nach wie vor für verfrüht und nicht nutzbringend, eine Generalversammlung jetzt schon abzuhalten, glauben aber, daß eine solche in nicht mehr fernem Zeit auch für uns zur Nothwendigkeit ebenso werden wird, wie für alle andern, und dann werden wir nicht veräußern, rechtzeitig das Nothwendige vorzubereiten.

Es ist dies unsere Ansicht. Wir bitten aber nunmehr sämmtliche Mitgliedschaften, uns allseitig einmal hierüber eine Willensmeinung zukommen zu lassen. Im Besitz der Willensmeinung der Majorität, werden wir an der Hand des Statuts ganz genau wissen, was wir zu thun und zu lassen haben. Möge inzwischen jede Mitgliedschaft nach Kräften auf Ausdehnung, Kräftigung und Festigung unserer Arbeitervereinigung zur Erringung einer würdigeren Menschenlage bedacht sein, und uns durch geeignete Anträge und Mittheilungen in die Lage setzen, diese Arbeiten nach Kräften zu unterstützen.

Durch Einigkeit stark!
Grimmitzschau, 18. Juni 1875.

Die Vorortverwaltung.
Grimmitzschau, 20. Juni. Nachdem sich der Aufsichtsrath in dem Streit, welchen die Braunschweiger Mitglieder gegen den Verwaltungsrath geführt haben, immer neutral verhalten hat, so sieht sich derselbe jetzt zur folgenden Erklärung veranlaßt, um diesem Zwist ein Ziel zu setzen:

Wenn die Braunschweiger mit der Verwaltung nicht zufrieden waren, so hatten sich dieselben Beschwerde führend an den Aufsichtsrath zu wenden; da sie dies aber nicht gethan, so spricht ihnen der Aufsichtsrath nach § 31 des Statuts das Recht ab, eine Generalversammlung einzuberufen. Die Braunschweiger haben dem Aufsichtsrath die Lebensfähigkeit abgesprochen; daß es gerade den Braunschweigern sehr schlecht ansteht, einen solchen Vorwurf zu machen, das wird der Aufsichtsrath auf der Generalversammlung beweisen.

Und was endlich die Herren in Dresden anbelangt, welche sich in diesen Streit gemischt haben, so erkennt der Aufsichtsrath dieselben gar nicht als Gewerkschaften an, denn seit einem Jahr findet der Aufsichtsrath sie bei Revision der Bücher nur auf dem Folio; das Nothwendigste, die Pflächterfüllung, fehlt gänzlich.

Ferdinand Böttcher,
Vorsitzender des Aufsichtsraths.
Petersstr. 557, B. B.

Deutscher Zimmerer-Verein.

Wir bringen den Mitgliedern des Vereins hiermit zur Kenntnignahme, daß nach § 9 des Statuts die Wahl des Ausschusses in der Mitgliederversammlung am 8. Juni zu Berlin stattgefunden hat, und folgende Mitglieder demgemäß den Ausschuß für den Verein bilden:

Busowsky, Eggert, Elsholz, Girke, Gramm, Drews, Ottler, Puls, Rodewaldt, Sennewitz, Schwarzlos und Uedermann.

Vorsitzender des Ausschusses ist Sennewitz, wohnhaft Berlin, Prinzenstr. 64, IV., und sind an denselben alle bezüglich Angelegenheiten für den Ausschuß zu richten.

Berlin, den 16. Juni 1875.

Für den Vorstand:
Otto Kapell.

II.
In Gemäßheit des § 10 unsers Statuts bringen wir den Mitgliedern des Vereins hiermit zur Kenntnignahme, daß die diesjährige erste ordentliche Generalversammlung des deutschen Zimmerer-Vereins Montag, den 12. Juli, Morgens 9 Uhr, im Englischen Livoli, Kirchenallee Nr. 41, Hamburg (St. Georg), ihren Anfang nimmt.

Die Mitglieder, welche zur Generalversammlung kommen, mögen jedoch schon Sonntag, den 11. Juli, in Hamburg eintreffen, und werden daselbst von den Comité-Mitgliedern, welche an rothen Schleifen erkennlich sind, in Empfang genommen.

Da die Zeit zu kurz ist, können etwaige Anträge zur Generalversammlung vorher den Mitgliedern nicht mehr unterbreitet werden, sondern kommen auf der Generalversammlung zur Erledigung.

Berlin, den 16. Juni 1875.

Für den Vorstand:
Otto Kapell.

Der Arbeitsnachweis für Zimmerleute ist in Berlin bei E. Finn, Andreasplatz 4, Souterrain; in Eöln a/Rh. bei Joseph Scheerer, Bollwerk 21; in Lübeck bei Kreuzfeld, Hundestr., Zimmerer-Herberge; in Hamburg 1) Spitalstr. 18 bei Dhl, 2) St. Georg, Steindamm Nr. 70 bei Wollenberg, 3) St. Pauli, Marktstr. 10 bei Körner; in Rostock bei Bachholz, Begebinenberg 10, Zimmerer-Herberge; in Wandsbek bei Pazemann, Kampstr. 53; in Wilhelmshaven bei Bartels, Gastwirthschaft Neu-Heppen.

Um weitere Zustellung von Arbeitsnachweisstellen aus den andern Orten ersucht

Die Expedition des „Pionier“.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Darmstadt, 21. Juni. Das unentgeltliche Arbeits-Nachweis-Bureau der Schuhmachergehilfen befindet sich jeden Montag Morgen im „Gasthaus zum rothen Löwen“, große Döfengasse, außerdem in der Wohnung des Arbeitsvermittlers Peter Pfeifer, Zimmerstr. No. 2. Wir ersuchen alle arbeiterfreundlichen Blätter, Obiges abzu drucken.

J. A.: Heinrich Adolf, Bev.

Correspondenzen.

Leipzig. Es hat sich hierorts ein Thierschutz-Verein gebildet, an dessen Spitze u. A. auch der Bezirksapostamm v. Burgsdorff steht. Natürlich wird dieser Thierschutzverein wie alle anderen nur ein Auge haben für die Thierquälereien der Drochsenkauter, Biechreider und anderen „gewöhnlichen Packer“. Wettrennen, Saubetten, Taubenschlagen, Arbeitshunden und sonstige „noble“ Pastionen der „höheren“ Gesellschaft kommen dabei nicht in Betracht. Klingt es nicht wie Hohn, in gegenwärtiger Zeit, wo die Menschenquälereien (Soldatenmißhandlungen, Einsperrungen Anderdenkender u.) an der Tagesordnung sind, in der Aera der polizeilichen Verbote von Menschenschugeteinen (Arbeitervereinen u.), Thierschutzvereine zu gründen?

Zwickau, 14. Juni. (Arbeiterfestbericht.) Mit dem heutigen Tage geht nun unser, schon im Voraus von der gegnerischen Presse geschmähtes Fest zu Ende. Zur Vorfeier war am Sonnabend Abend im Saale des „Goldnen Becher“ ein Commercarrangirt und befanden sich die sehr zahlreichen Teilnehmer in der besten Stimmung. Den Vorträgen eines Quartetts folgten ernste und launige Declamationen, während Genosse Dogauer in längerer Rede einen Rückblick auf die deutsche Arbeiterbewegung hielt. Um Mitternacht trennte man sich, um in den Morgenstunden des Sonntags die bereits truppweise aus nah und fern hereinziehenden Festgenossen zu empfangen. Nachmittags stellte sich auf dem Wilhelmshöhe der imposante Festzug von circa 2000 Teilnehmern auf. Derselbe bewegte sich mit Musik und Gesang durch mehrere Straßen der Stadt nach dem Bergschloßchen, und trotz des gerade sehr ungünstigen Wetters ließ sich doch durchweg die gehobene Stimmung erkennen. Im Festzug waren circa 37 Orchester vertreten und das Publikum, das Straßen und Fenster besetzt hielt, nahm diesen „Rückgangsbeweis“ mit lebhaftem Staunen entgegen. Wir sahen manches verblüffte Gesicht hinter Wolkenvorhängen hervorlugnetiren. — Auf dem Festplatz angelangt, wollest schon am Morgen ein Frühconcert stattgefunden hatte, eröffnete Vertrauensmann Hofmann die eigentliche Feier und erteilte unserm als Festredner eingeladenen Reichstagsabgeordneten Motteler das Wort. Derselbe überbrachte zunächst Grüße der Leipziger Parteigenossen und wies sodann die gegen unser Fest von der gegnerischen Presse versuchten Angriffe zurück. Die Berechtigung solcher Arbeiterfeste begründete er, eine Parallele zwischen diesen und den Festen und Feiern unserer Gegner ziehend. Wie die ernsten Feste der alten klassischen Republiken, gegenüber den verweichlichenden und entsittlichenden Gesellschafts- und Vergnügungseinfüssen jener Zeit eine sittliche Nothwendigkeit gewesen, so seien es auch unsere Arbeiterfeste, welche wir behufs Kräftigung im Kampfe gegen die unnatürlichen und deshalb unsittlichen Zustände von Zeit zu Zeit abhalten. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands halte ihre Feste, nicht als befohlene oder empfohlene Demonstrationen ab, sondern um im weiteren Kreise Umschau zu halten, Rechenhaft zu geben, neuen Muth, neue Kraft zu schöpfen, zur Ausdauer anzuspornen, und deshalb seien sie auch der wahre Ausdruck des Verlangens, der Wünsche und Hoffnungen aller Teilnehmer, während Nationalismus und Liberalismus Feste feiern, deren wahres Wesen sich in dem einen Umstande kennzeichnet, daß dieselben, wenn auch mit weltlichem und kirchlichem Prunkte eingeleitet und ausgestattet, doch ihren Reigen mit Carnevalen oder Narrenfesten abzuschließen pflegen. Es zeige dies zur Evidenz wie led bereits das Schiff der modernen Gesellschaft und wie schwer es den darauf Tonangebenden geworden sei, ihr Fahrzeug „bei gutem Wind“ in Cours zu halten, da man zu so trügerischen Hilfsmitteln greifen müsse. Rings um das äußerlich samude, aber innerlich haltlose Fahrzeug „moderne Gesellschaft“ her treiben auf stürmischer See bereits tausende unansehnlicher Flöße, Rettungsfahrzeuge, bemannt mit den Männern der Arbeit und ihren Angehörigen, die da nichts weiter zu verlieren haben als das nackte Leben. Dieses aber zu retten und ein menschenwürdiges Dasein, das schützende Land zu gewinnen, entsenden sie gewaltig und schrill ihre Warnungsrufe zu den Steuerleuten des Schiffes, das sie nicht bergen kann, das aber ihren Lauf bestimmen, regeln und leiten will: „Links steuern, mehr links! — Freiheit und Recht für die Massen!“ — Der Ruf bleibt ungehört, der Coupas des Herrschers deutet auf Untergang. Wie aber die Natur sich heute wechsellod und mehr stürmisch und trübe zeige, so sei auch das Leben der Arbeiter vorwiegend trübe und stürmisch, und wenn heute noch oft Gegner die Sozialdemokratie deshalb als unbedeutend als „zurückgehend“ darstellten, weil sie erscheine, wie die auf hoher und sturmgepeitschter See nothdürftig einberkreuzende Legion von Rettungsflößen, deren viele zerfallen, neue trotz allem wieder geschaffen werden, so erinnere er daran, daß alle großen geschichtlichen Bewegungen, die ärmlichsten, oft kümmerlichsten und sorgenschwersten Anfänge genommen haben. Die christliche Revolution zur Zeit des stolzen römischen Kaiserthums, sie sei von den Armen und Geknechteten getragen gewesen und habe, wie die Geschichte melde, bereits mit Paulus durch das unscheinbare Fischerthor in Rom seinen siegreichen Einzug nach Europas Gefilden angetreten und sich endlich wie ein gewaltiger Strom besuchend und vernichtend über den Erdball ergossen trotz des fürchterlichsten gegnerischen Widerstandes. Und wenn Paulus leicht von sich habe sagen können: „Ich habe mehr gearbeitet, ich habe mehr Schläge erlitten, ich bin öfters gefangen gewesen, ich habe fünfmal empfangen 40 Streiche weniger eins, ich bin dreimal geköpft, einmal gesteinigt, dreimal habe ich Schiffbruch erlitten, Tag und Nacht habe ich zugebracht in der Tiefe. Ich bin unter Würdem und falschen Brüdern gewesen, in Mühe und Arbeit, Hunger und Durst.“ — so seien die Sozialdemokraten heute an der Reihe, ähnlich auszurufen. Und wie einst trotz Verfolgung, Kerker und Tod die weltbewegenden Ideen des ursprünglichen Christenthums über die Erde sich siegreich verbreiteten, so sei es heute die Sozialdemokratie, die unter dem Wahlspruch: „Gleiches Recht für Alle,“ die leidende Menschheit nicht nur Deutschlands, sondern aller Nationen zum Kampf für der Menschheit heiligen Rechte zusammen schaaren und zum Siege führen werde. „Die Kämpfer zu sammeln, zu wappnen, den Kampf zu regeln und im Gang zu halten, dazu sollen unsere Feste beitragen, indem sie die Leiber und Geister einander im traulichen Verkehr näher bringen. Und in diesem Sinne sind wir verpflichtet, berechtigt und gewillt auch ferner unsere Feste zu feiern.“ Mit einem von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommenem Hoch auf die Arbeit und den Kampf der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, einem Hoch auf die Internationalen schloß Motteler seine Rede.

Nach einigen Concert Piecen schlossen die brausenden Klänge der Marschmusik den ersten Theil des Festes, welches trotz des kurz nachher herabströmenden Regens in vorzüglich gehobener Stimmung für diesen Tag mit einem solennen Ball ohne jeglichen Miston seinen Abschluß fand.

Für Genossen, welche theilzunehmen verhindert waren, wie namentlich bei den Bergarbeitern der Fall ist, findet heute noch Concert und Abends Ball statt. Ueberhaupt halten wir mit ausdrücklicher Rücksicht auf die hiesigen Arbeitsverhältnisse dem Feste eine Vor- und Nachfeier gegeben. Unsere Gegner wissen wohl, wie es bei uns mit der Tag- und Nachtschicht der Bergleute bestellt ist. Sie raisonniren trotzdem, und hoffentlich jetzt noch mehr, nachdem ihnen wieder einmal der „Rückgang“ so judend im Rücken sitzt.

Mit den gegnerischen Berichten über unser Fest wird es wieder geben, wie mit dem Dummem, der in die Welt geht und heimsehrend zu berichten weiß, daß er unterwegs gut gegessen und geschlafen hat. Es gibt aber auch Leute, die nichts sehen und hören dürfen, wenn sie gut essen und schlafen wollen, und das sind die eigentlich hochzuhaltenden „Rückgangsherde“

der gegnerischen Presse. — Wir haben ihnen die Reise diesmal recht schwer gemacht.

Ludewalde, 20. Juni. (Zur „Enquete.“) Am 8. Juni war hier der Herr Regierungsrath Wichgraf anwesend, um über die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Erklärungen einzuziehen. Der Magistrat setzte eine Commission zusammen, welche größtentheils aus Fabrikanten und Werkmeistern bestand, mit Zugabe einiger Fabrikarbeiter. Das Kleingewerbe war gar nicht vertreten. Da, wie wohl ein Jeder aus der Zusammensetzung der Commission sehen kann, die Fragen, welche der Herr Regierungsrath vorlegte, durchaus nicht zu Gunsten der Arbeiter beantwortet wurden, sah sich der hiesige Arbeiterverein veranlaßt, eine Volksversammlung einzuberufen, um bei der Regierung Protest gegen die Zusammensetzung der Commission einzulegen. Gestern, den 19. d. M., hielten wir die Versammlung ab, und wurden hierzu die Herren der Commission durch das hiesige „Wochenblatt und Anzeiger“ eingeladen. Die Herren zogen es aber, außer Einem, vor, gar nicht zu erscheinen. Die Versammlung, welche von ca. 600 Personen besucht war, nahm zum Schluß folgende Resolution einstimmig an:

„Die heutige Versammlung erklärt, daß sie mit der Art und Weise, auf welche der Herr Regierungsrath Wichgraf über die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehenden Verhältnisse Erklärungen eingeholt hat, nicht einverstanden sein kann, weil den hiesigen Arbeitgebern das Interesse gebietet, die vorgelegten Fragen zu eigenem Nutzen zu beantworten, die von den Fabrikanten dem Herrn Regierungsrath übersandten Arbeiter und Gefellen aber durch das Abhängigkeitsgefühl veranlaßt werden mußten, im Interesse ihrer Herren zu antworten. F. Haase, Vorsitzender.

Eisenach. Bekanntmachung.“ Auf dem Grunde der ergangenen Akten wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Schuhmacherselle Friedrich Giffey aus Tübingen, zuletzt in Eisenach, wegen der in dem in Nr. 133 des „Volksstaat“ vom vorigen Jahre abgedruckten mit „Fr. Giffey“ unterzeichneten Artikel enthaltenen verleumdnerischen und einfachen Beleidigungen von Beamten, sowie wegen sonstiger Vergehen gegen die öffentliche Ordnung durch Erkenntniß des Großherzoglichen Kreisgerichts hier vom 4. Februar d. J. und des Großherzoglichen Appellationsgerichts hier vom 14. April d. J. zu einer Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängniß und antheiliger Kostenzahlung verurtheilt worden ist. Eisenach, den 18. Juni 1875. Der Untersuchungsrichter des Großherzoglichen Kreisgerichts. W. (John, Bohne, Hohne, Zohne oder Kohne — das Redaktions-, Expeditions- und Druckerpersonal des „Volksstaat“ (schwankt, trotz genauester Inspektion, rathlos zwischen diesen fünf Lesarten. R. v. B.).

Brünn. Warnung vor Zuzug. Da die Lage der Weber in Brünn eine unerträgliche ist, weil der Lohn in den meisten Fabriken so herabgedrückt wurde, daß die Arbeiter sich kaum mehr an trockenem Brode sättigen können, so haben dieselben einen gleichmäßigen Lohn-tarif ausgearbeitet und denselben den Fabrikanten vorgelegt.

Sollten die Fabrikanten auf die Einführung desselben nicht eingehen, so ist ein allgemeiner Strike in Aussicht. Es werden daher die Parteigenossen allerorts ersucht, Zuzug nach Brünn fernhalten. Alle Parteiblätter werden ersucht, diese Notiz in ihre Spalten aufzunehmen.

Agram. Auch der hiesige „Arbeiterfreund“ genießt in vollem Maße die Segnungen der österreichisch-ungarischen Pressfreiheit. Beweis nachstehendes Flugblatt, das den Abonnenten, anstatt der fälligen Nr. 24 zuzug: „An die Abonnenten des „Arbeiterfreund“! Nachdem mehrere Artikel der Nr. 24 des „Arbeiterfreund“ konfisziert wurden, und auch eine zweite Auflage des Blattes mit Weglassung der bestrafenden Artikel von der Stadthauptmannschaft verboten wurde, ist es uns unmöglich gemacht, den geehrten Abonnenten die Nr. 24 zuzustellen. Wir sehen uns demgemäß in der unangenehmen Lage, die Herausgabe des Blattes so lange zu unterlassen, bis nicht unser Return gegen das Verbot erledigt wird. Redaktion und Administration des „Arbeiterfreund“.

Essen, 22. Juni. An die Abonnenten des „Volksstaat“ und „Neuen Sozialdemokrat“. Wir machen die Parteigenossen beim bevorstehenden Quartalwechsel noch besonders darauf aufmerksam, rechtzeitig zu abonniren, damit keine Unterbrechung in der Zusendung erfolgt. Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, soviel wie möglich neue Abonnenten zu gewinnen. Diejenigen, welche die Parteiblätter durch die Post resp. Briefträger besorgt haben wollen, müssen der Zeitungscommission dies anzeigen. Sonntag, den 27. werden auch Abonnements bei Brandenberg Grabenstraße, entgegengenommen. Die Zeitungscommission.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung:

„Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal, kostet per Quartal durch die Post bezogen 2 Mark.

„Chemnitzer freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet per Quartal 1 Mark. 80 Pf.

„Erimmishauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis per Quartal 1 Mark. 50 Pf.

„Dresdner Volksbote“, erscheint wöchentlich dreimal, kostet per Quartal 1 Mark. 50 Pf.

„Neuer Sozial-Demokrat“, Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, erscheint in Berlin wöchentlich dreimal. Preis per Quartal 1 Mark. 60 Pf.

„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“ erscheint in Nürnberg wöchentlich dreimal. Preis per Quartal 1 Mark. 30 Pf.

„Süddeutsche Volkszeitung“, erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis per Quartal 1 Mark. 10 Pf.

„Sozial-politische Blätter“, erscheinen in Berlin wöchentlich 1mal. Preis pr. Quartal 1 Mark.

„Zeitgeist“, erscheint in München wöchentlich sechs Mal. Preis per Quartal 1 Mark. 80 Pf.

„Arbeiterfreund“. Erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. — 1 Mark.

„Arbeiter-Wochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis per Quartal 60 kr. öfr. — 1 Mark. 20 Pf.

„Gleichheit“, Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich einmal in Wiener-Neustadt. Preis per Quartal 75 kr. öfr. — 1 Mark. 50 Pf.

„Der Volkskämpfer“, Organ für die Mitglieder des Deutschen

Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Leipzig und kostet vierteljährlich 50 Pf.

„Die Tagewacht“, Organ des Schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Zürich. Preis per Quartal 1 Mark. 40 Pf.

„Der Genossenschaftler“, Organ des Gewerkevereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Pforzheim. Preis pr. Quartal 1 Mark.

„Pionier“, Organ der sozialistischen Gewerkschaften, erscheint 1mal wöchentlich in Berlin. Preis pr. Qu. 1 Mark. 20 Pf.

„Union“, Organ der verbündeten Gewerkschaften Deutschlands, erscheint alle 8 Tage in Hamburg. Preis pr. Qu. 60 Pf.

„Weder“, Organ der Gewerkschaft der Schuhmacher, erscheint monatlich zweimal in Gotha. Preis pr. Qu. 30 Pf.

Briefkasten
der Expedition: A. Ehrh. Köln: Wir haben Ihren Brief nicht erhalten.

Leitung:
Dem Schneiderverein Hannover Ann. 3,25. Ruz Wien Schr. 1,20. Endre Kagsburg Ab. 60,00. Ruz Lechhausen Ann. 0,68. Sch. Eisenburg Ann. 0,75. Arb.-Bild.-Verein Innsbruck Ab. 9,00. Fannann Duisburg Ann. 0,80 Schr. 22,14. Schuhmachersgew. hier Ann. 5,10. Ent Piefchen Schr. 6,00. Arb.-Ber. Lindenau Ann. 0,60. Gewerkschaft der Holzarbeiter hier Ann. 1,30. Arb.-Ber. Coburg Ann. 0,80. R. Ernst Sera Ann. 1,75. Frs Berthelm Schr. 1,3. Kunst Königsberg Schr. 1,00. Gbbrdt hier Ab. 1,20. Fiedmann Niedersfähre Schr. 3,60. Gbe Plogwitz Ab. 3,00. Sozialdemokr. Arb.-Partei Barmen Ann. 0,80. Arb.-Bild.-Ber. Reutischheim Ab. 7,35. Ludw. Barmen Schr. 6,4. Ars München Schr. 9,90. Fr Engl Reudnitz Ab. 12,00. Schr hier Ab. 3,60. Rühr hier Ab. 14,25. Rührs Wandbeck Ann. 0,80. 3 Commn Berlin Ab. 30,00. G Harsh Köln Ab. 36,00. Hr Stuttgart Ab. 6,00. Ardoff Dresden Ab. u. Schr. 5,40. Schldbb hier Ab. 1,80.

S. hier, 3,00.

Fond für Gemahreite.

Anzeigen zc.
Sozial-demokratischer Verein.
Samstag, den 26. Juni:
Monatsversammlung.
Wegen wichtiger Besprechung erwartet zahlreiches Erscheinen.
Der Ausschuß. [50]

Augsburg
Verband der Kemptner und verwandten Berufsge nossen.
Sonntag, den 26. Juni, Abends 8 Uhr:
Zweites Stiftungsfest.
Baumbachs Casino, Prinzengstr. 80.
Billets à Stück 2 1/2 Sgr. sind zu haben bei Friedrich Schülze, Mariannenstraße 19 II.
Hierzu ladet alle Kollegen freundlichst ein Das Comité. [200]

Berlin
Der Herr, welcher in einem hiesigen Bierlokal seine Briefstasche liegen ließ, kann selbe gegen Insektionsgebühr bei mir in Empfang nehmen. — Inhalt der Tasche unter anderem eine Parteilarte auf R. R. 7 lautet.
Emil Goris, Kleidermacher, Linienstr. Nr. 235 im Laden. [125]

Bielefeld
Sonntag, den 27. Juni, Morgens 11 Uhr, im Lokal des Herrn B. Kermann:
Große Volksversammlung in Brakwede.
Abends 7 Uhr, im Lokal des Pflüchenski in Bielefeld:
Volksversammlung.
Refer. Fr. Klute aus Osnabrück. — Die Leser dieses Blattes werden ersucht für die weiteste Verbreitung Sorge zu tragen.
Geitbrinck. [80]

Barmen
Sozial-demokr. Arbeiterverein.
Samstag, den 26. Juni, Abends 8 Uhr bei Herrn Kuebel, alter Markt:
Geschlossene Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Abrechnung des Vertrauensmanns. [50]

Eberfeld
Sonntag, den 27. d. M., in der Schützenburg bei Herrn Weilerleiv:
Großes Arbeiter-Vereinigungs-Fest.
Näheres die Plakate. Das Comité. J. K. Fr. Darm. [150]

Frankfurt a. M.
Sonntag, den 27. Juni, Nachmittags 3 Uhr im Wald in der Nähe des Forsthauses:
Allgemeines Arbeiter-Verbrüderungs-Fest,
von Abends 9 Uhr ab Ball im Saale des Herrn Rodbach, früher Adoloy im Niederrad.
Zu diesem Fest ladet alle Arbeiter Frankfurts und der Umgegend ein Das Comité.
NB. Da ein Festzug polizeilich nicht erlaubt ist, so versammeln sich die Theilnehmer auf dem Festplatze. [26] [350]

Groißsch
Sonntag, den 27. Juni macht die Schuhmachers Gewerkschaft einen geselligen Ausflug mit Theilnahme der Frauen nach Knautzhain, wozu alle Freunde eingeladen werden. — Singlieder sind mitzubringen.
Es würde uns große Freude machen, wenn wir mit Gesinnungsgenossen von Leipzig und Umgegend zusammen treffen würden. [150]

Hannover
Sonntag, den 26. Juni:
Geschlossene Mitgliederversammlung d. Wahlvereins bei Rathes. — Abrechnung und Vorstands-wahl. Rudolph. [30]

Leipzig
Gewerkschaft der Metallarbeiter.
Montag, den 28. d. M.:
Versammlung
bei Fröblich, Nicolaisstr. Nr. 33.
Tagesordnung: Sozialer Wochenbericht. Fragelosen. [50]

Wandsbed
Montag, den 28. Juni, Abends halb 9 Uhr im Lokale zur Harmonie:
Socialisten-Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag.
Die Leser des „Neuen Sozial-Demokrat“ und „Volksstaat“ werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
J. Meyers, Langereiße 31. [70]

(3a) **Zur gef. Beachtung.** [125]
Herr A. M. Stöcker aus Schwab. Müind wird dringend ersucht, seinem Freunde C. B. in B. wegen wichtiger Mittheilung sofort seine Adresse mitzutheilen. Sein R. von B. ist bei mir. Seine jetzigen Bekannten und Freunde werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen.
Unserm verehrten Freunde A. B. in Ditto bei Ditzsch ein donnerndes Hoch zu seinem Wogensfeste. R. S. J. E. [50]

Deutsche Reichs-Spinnstube
Illustrirtes, in volkstümlichem Tone gehaltenes Wochenblatt, kostet bei allen deutschen Postanstalten 60 Pf. das Vierteljahr.
Redacteur John Reitenbach-Pfiden bei Gumbinnen. [26]

Verantwortlicher Redacteur: O. Rindt.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Reiterstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.

*) Dem Wunsche des geehrten Herrn Correspondenten, die „Bekanntmachung“, an derselben Stelle zum Abdruck zu bringen, an welcher sich in Nr. 133 vom vorigen Jahre der „Eisenach, den 12. November“ datirte „Fr. Giffey“ unterzeichnete Artikel abgedruckt befindet, haben wir leider nicht nachkommen können, weil besagte Nr. 133 vom vorigen Jahre bereits gänzlich vergriffen ist, und es auch allem Buchdruckergewerbe in-wikerkant, schon bedrucktes Papier nochmals zu bedrucken. R. d. B.